

40 Jahre österreichische Arbeiterbewegung

Bilder aus der Geschichte
eines Aufstieges

VON KARL AUSCH



V I K T O R A D L E R

der Begründer der österreichischen Sozialdemokratie

Am 31. Dezember 1930 zählte die österreichische sozialdemokratische Partei 710.000 Mitglieder. Sie ist die relativ stärkste Partei der Sozialistischen Arbeiterinternationale: Kein anderes Land vermag im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so viel eingeschriebene Parteimitglieder aufzuweisen. In Wien allein gibt es 415.000 Parteimitglieder bei einer Bevölkerungszahl von 1.800.000. Dieser imposante Aufstieg ist das Ergebnis einer vierzigjährigen unermüdlichen und hingebungsvollen Arbeit von tausenden und aber tausenden Vertrauensmännern und -frauen.

Am 30. Dezember 1888 trafen in dem kleinen niederösterreichischen Städtchen Hainfeld 70 Männer aus nahezu allen Teilen Österreichs zusammen, um eine Sozialdemokratische Partei zu gründen. Wohl hatte es schon vorher eine sozialistische Arbeiterbewegung gegeben, aber sie war uneinig und gespalten, der Hader schwächte die Arbeiterschaft und lieferte sie vollends dem übermächtigen Polizeiparapparat der k. u. k. Monarchie aus. Aber der aufstrebende Kapitalismus zwang schließlich die Arbeiterschaft zur Einigung; die wirtschaftlichen Verhältnisse waren stärker als aller theoretischer Streit. Und dann erwuchs in dem jungen Arzt Dr. Viktor Adler der Arbeiterschaft ein Führer von überragender Bedeutung. Seiner Beredsamkeit und Tatkraft, seiner Weisheit und seiner Zielklarheit, seinem scharfen Verstand und seinem warmfühlenden Herzen ist es zu danken, daß das österreichische Proletariat nach jahrelangen inneren Kämpfen in Hainfeld den Weg zur Einigung fand.

Es ist für die Verhältnisse, die damals in Österreich herrschten, bezeichnend, warum gerade Hainfeld, das in weiten Kreisen unbekanntes niederösterreichisches Städtchen, als Konferenzort gewählt wurde. Es lag in dem Sprengel einer Bezirkshauptmannschaft, deren Leiter — ein Graf Auersperg — den Arbeitern und ihren Organisationen halbwegs menschlich entgegengekommen war; man durfte erwarten, daß er den Parteitag nicht verbieten wür-

de. So war es damals um die Willkür der österreichischen Behörden bestellt!

Die 70 Männer in Hainfeld, Vorkämpfer und Vorläufer einer weltgeschichtlichen Massenbewegung, beschlossen eine Prinzipienklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, die in wahrhaft grandioser Weise eine Kritik der kapitalistischen

Gesellschaftsordnung mit den Aufgaben und der Taktik der Partei verband. Mit Recht durfte der Vorsitzende Popp in seinem Schlußwort zu dieser Prinzipienklärung sagen: „In diesem Programm liegt der Sieg der Zukunft!“

So war Hainfeld zum Markstein in der Geschichte der Partei geworden. Es brachte die Einigkeit, und die Kraft, die aus dieser Einigkeit erwuchs, beflügelte den Aufstieg, der zu der stolzen Höhe der dreiviertel Million Parteimitglieder, der zu den Wundern des sozialistischen Wien emporführte. In Hainfeld hatte das österreichische Proletariat die Bühne der Geschichte betreten!

In zwölf- und vierzehnstündiger täglicher Arbeitsfron schufteten in jenen Tagen die Arbeiter für den Moloch Kapital. Da fiel in Hainfeld das Wort von dem „achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen“. Verwundert und ungläubig horchte das österreichische Proletariat auf. Aber schon wenige Monate später fand die Forderung stärksten Widerhall, wurde die frohe Botschaft in alle Länder hinausgetragen.

Am 14. Juli 1889, hundert Jahre nach dem Ausbruch der Großen Französischen Revolution, war in Paris der erste Kongreß der wiedervereinigten Arbeiterinternationale zusammengetreten. Und auch hier erklang wie ein Fanfarenruf, eine bessere Zukunft verheißend, die Forderung, die „gesetzliche Dauer des Arbeitstages auf acht Stunden zu beschränken“. Für diese Forderung sollten an jedem 1. Mai die Arbeiter aller Länder demonstrieren, sollten ihr Recht auf Freiheit und Menschenwürde den Herrschenden und Besitzenden gegenüber in machtvollen Demonstrationen vertreten.

Am 1. Mai 1890 geschah es zum erstenmal, und aus dem Kampftag wurde ein Festtag, wurde ein Triumphtag der internationalen Solidarität!

1. Mai 1890 in W i e n. Die Soldaten in Bereitschaft, schußbereite Kanonen in den Kasernenhöfen; die Tore der Häuser geschlossen, die Geschäfte verödet, in den Wohnungen des Bürgertums wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung. Die Bourgeoisie glaubt den Weltuntergang gekommen. Aber nichts dergleichen geschieht. Wohldiszipliniert, doch kühn erhobenen Hauptes, ziehen Zehntausende durch die Straßen Wiens in den Prater. Die roten Banner wehen und die revolutionären Weisen klingen, und da der Tag zur Neige geht, hat das österreichische Proletariat einen seiner größten Siege errungen. Es war ein Sieg und eine Kampfansage zugleich: nicht eher werden wir ruhen, bis der schmachliche Ausnahmezustand beseitigt und der arbeitenden Klasse die politische Gleichberechtigung, das **a l l g e m e i n e W a h l r e c h t** gegeben wird.

Aber mit Zähnen und Klauen, mit dem Mute der Verzweiflung verteidigten die herrschenden Klassen das österreichische Wahlrecht, denn es war die einzige Grundlage ihrer Macht. Nur die Besitzenden durften damals ihre Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsenden. Von den 26 Millionen Einwohnern, die die österreichischen Kronländer im Jahre 1891 zählten, besaßen nur 1,730.000 das Wahlrecht. Sie wählten zusammen 353 Abgeordnete, und zwar die Großgrundbesitzer 85, die Handelskammern 21, die Städte und Industrieorte 118 und die Landgemeinden 128. Aber überall durften nur die Reichen wählen, die breiten Massen, vor allem aber die Arbeiter waren im Hause der Gesetzgebung nicht vertreten; sie waren völlig rechtlos und hatten niemand, der sich ihrer Interessen annahm! Da flatterte im Jänner 1891 — der Reichstag war aufgelöst worden und sollte neugewählt werden — der erste Wahlauf Ruf der sozialdemokratischen Partei in die Massen. Zum erstenmal trat die Partei in den Wahlkampf ein; nicht um Mandate zu erobern — das war bei dem Wahlrecht von vornherein ausgeschlossen —, aber um die Bevölkerung aufzurütteln und aufzuklären. Es ging langsam, aber es ging! Die Kaders der Sozialdemokratie füllten sich; überall wurden Arbeitervereine gegründet — schließlich mußte auch die Regierung erkennen, daß der Strom der Arbeiterbewegung über die Hindernisse der Polizeischikanen hinwegbrauste: der **A u s n a h m e z u s t a n d**, der siebeneinhalb Jahre die Arbeiter in Wien und den niederösterreichischen Industriegebieten rechtlos und förmlich vogelfrei gemacht hatte, fiel!

Und nun setzte der Kampf um das allgemeine Wahlrecht mit aller Heftigkeit ein; die Geister waren wachgerüttelt worden. Nun gab es kein Zögern und Zaudern, kein Bremsen und Aufhalten mehr, jetzt gab es nur mehr einen Kampf bis zum Sieg! Sechzehn Jahre hat dieser Kampf gedauert: von 1891 bis 1907. Stück um Stück mußten den besitzenden Klassen ihre politischen Vorrechte entrissen werden. Das Jahr 1896 brachte die **e r s t e W a h l r e f o r m**. Sie war nichtswürdiges, elendes Stückwerk. Zu den 353 Abgeordneten, die die Reichen zu wählen hatten, traten 72 Abgeordnete, die von der Gesamtheit der österreichischen Bevölkerung zu wählen waren. Bei den bevorzugten Großgrundbesitzern entfielen auf einen Abgeordneten neun Wähler, in der allgemeinen Kurie auf einen Abgeordneten 75.000 Wähler! Im Jahre 1897 zogen die ersten sozialdemokratischen Abgeordneten — 14 an der Zahl — in das österreichische Parlament ein. Wieder bedurfte es

jahrelanger erbitterter Kämpfe, bis auf dem Wege zur politischen Gleichberechtigung ein weiterer entscheidender Schritt getan werden konnte.

Es war am 31. Oktober 1905. In Wien tagte der Gesamtparteitag der Sozialdemokratie. Der Abgeordnete Dr. Ellenbogen sprach über „die österreichische Krise und das Wahlrecht“. Da traf die Nachricht ein, daß der Zar unter dem Drucke der Revolution dem russischen Volke das allgemeine Wahlrecht gegeben habe. „Österreich kann nicht russischer sein als Rußland!“ so brauste es durch den Saal. Die Nachricht hatte sich wie ein Lauffeuer in Wien verbreitet, und als sich die Dämmerung über die Stadt senkte, fluteten die Massen aus allen Bezirken zur Ringstraße. Rote Fahnen leuchteten in dem trüben Schein der Gaslaternen auf und hinter den Gardinen betrachteten die Bürger halb ängstlich, halb neugierig das ungewohnte Bild. Von der Parlamentsrampe aus würdigten die sozialdemokratischen Führer die Bedeutung der Russischen Revolution, und während sie sprachen, rückten immer neue Massen heran. Es war eine gewaltige Kundgebung, gesteigert in ihrer Wirkung, weil sie nicht vorbereitet worden und die Arbeiterschaft, einem unwiderstehlichen Impuls folgend, auf die Straße gezogen war.

Nun folgte Kundgebung auf Kundgebung, Demonstration auf Demonstration. Keine Stadt, kein Industrieort der großen Monarchie wollte zurückbleiben. Bis der 28. November 1905 jene **g i g a n t i s c h e M a s s e n d e m o n s t r a t i o n** der Wiener Arbeiterschaft sah, die den Kampf um das allgemeine Wahlrecht endgültig entschied. Hunderttausende zogen mit ihren Fahnen und Standarten vor das Parlamentsgebäude, fünf Stunden lang flutete der Strom der Massen über die Ringstraße — erst viele, viele Jahre später hat Wien eine ähnliche Demonstration erlebt.

Noch länger als ein Jahr dauerte der parlamentarische Endkampf; Ministerien kamen und wurden gestürzt, erst am 26. Jänner 1907 unterschrieb Kaiser Franz Josef das Gesetz, das die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft manifestierte. Drei Tage später hielt das Kurienparlament seine letzte Sitzung ab.

87 Abgeordnete stark, zogen die Sozialdemokraten in das erste Parlament des allgemeinen Wahlrechtes ein; sie waren als **s t ä r k s t e P a r t e i** aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Aber die Hoffnungen, die die österreichische Arbeiterschaft in das neue Volksparlament gesetzt hatte, erfüllten sich nicht. Der Streit der Nationen, die gewaltsam unter Habsburgs Zepter zusammengehalten wurden, die Unfähigkeit, Borniertheit und Böswilligkeit der Hofkamarilla und des vorwiegend aristokratischen Beamtenklüngels legten das Parlament lahm. Die Weisheit jener, denen die Geschicke des Staates anvertraut waren, erschöpfte sich in der Anwendung des berüchtigten Paragraphen 14 der Verfassung — was einem nur verhüllten Rückfall in das absolutistische Regime gleichkam. Immer deutlicher wurde das Bestreben der Herrschenden, das Parlament völlig auszuschalten, um ungestört von jeder Kritik und Kontrolle jene verhängnisvolle Politik zu betreiben, die schließlich zu der großen Weltkatastrophe von 1914 führte.

Am 3. November 1911 hatte der Kaiser den bisherigen Unterrichtsminister Graf Stürgkh zum Minister ernannt. Dieser Mann war von einem geradezu infernalischem Haß gegen die Demokratie und die Arbeiterschaft erfüllt, war einer der erfolgreichsten Totengräber des alten Österreich. Un-



Der 1. Mai 1890

Nach einer zeitgenössischen Illustration

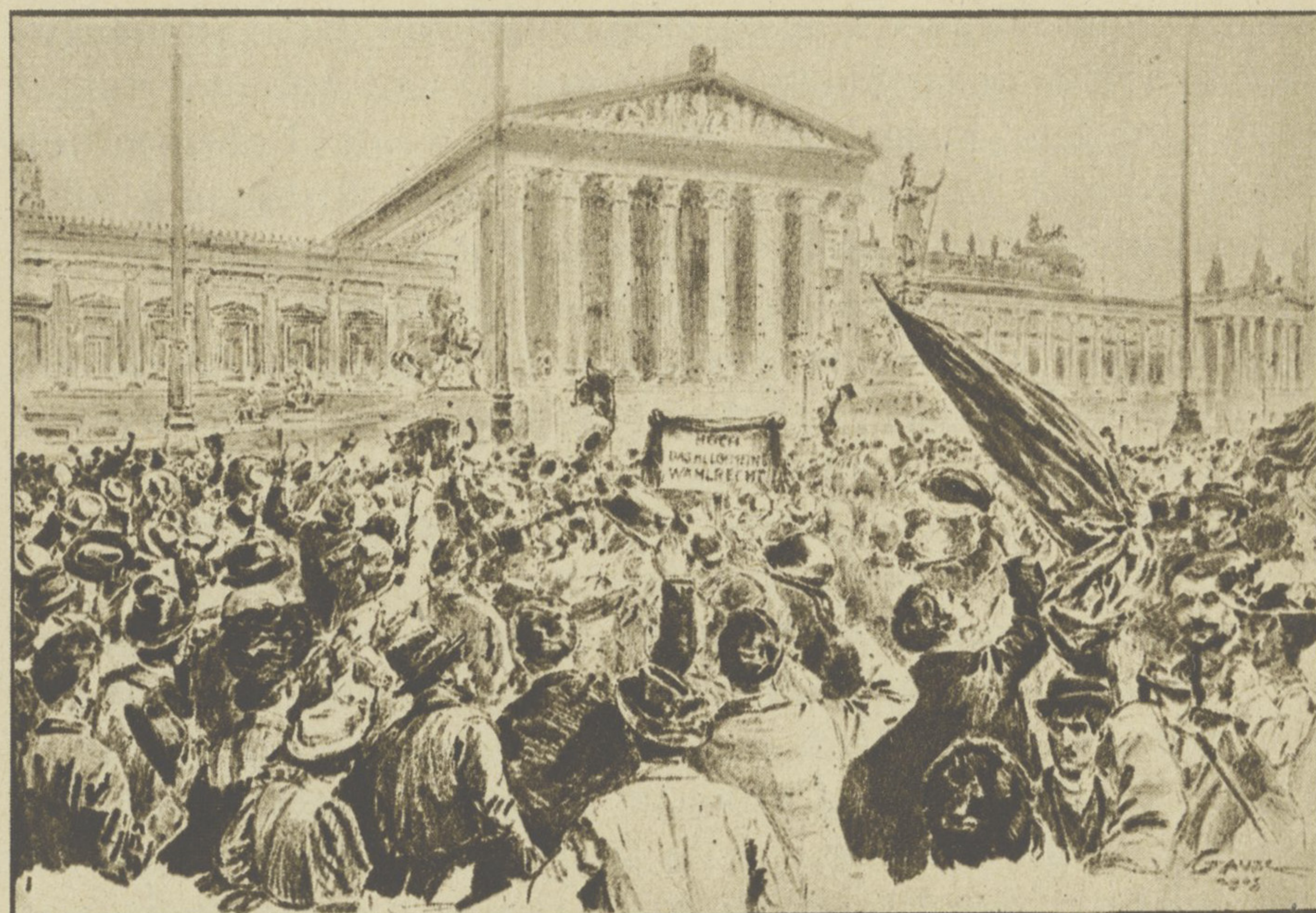
ter seiner Regierung war es möglich, daß die Veröffentlichung des aufrüttelnden Friedensmanifestes des Baseler Internationalen Sozialistenkongresses in Österreich verboten wurde, ja daß sogar eine sozialdemokratische Interpellation über das Verbot in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht zugelassen wurde. Das österreichische Volk sollte nicht erfahren, welche ungeheure Gefahren ihm durch die kaum mehr verhüllte Kriegspolitik seiner Regierung drohten. Es sollte nicht erfahren, daß sich das internationale Proletariat einmütig gegen diese verbrecherische Politik wehrte. Graf Stürgkh war es auch, der dem österreichischen Volke den Mund verschlossen hatte, so daß es in der entscheidendsten Stunde seiner Geschichte nicht zu reden vermochte. Schon im März 1914 hatte er das Parlament nach Hause geschickt; damals schon lag der Krieg in der Luft, und wäre er nicht durch die Schüsse von Sarajevo ausgelöst worden, er hätte sich wahrscheinlich an einem anderen Zwischenfall entzündet. Das österreichische Proletariat, die österreichische Sozialdemokratie hatte die Gefahr erkannt, aber ihre Kräfte reichten nicht hin, sie zu bannen. In einem flammenden Aufruf, den die „Arbeiter-Zeitung“ am 25. Juli 1914 veröffentlichte, lehnte die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung für den Krieg ab und bekannte sich feierlich zum internationalen Sozialismus. Wenige Tage später donnerten die Kanonen, wurde hüben und drüben Proletarierblut vergossen. Über das unglückliche Österreich aber senkte sich der Kriegsabsolutismus, wie ihn umfassender und brutaler kein anderer kriegführender Staat — Rußland vielleicht ausgenommen — zu erdulden hatte.

Am 21. Oktober 1916 krachten im Speisesaal des Hotels Meißl u. Schadn in Wien mehrere Revolverschüsse. Dr. Friedrich Adler hatte sie gegen den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh abgegeben; entseelt sank der Graf zu Boden. Als Adler ergriffen wurde, rief er laut aus: „Nieder mit dem Absolutismus! Wir wollen den Frieden!“ Die heroische Tat Adlers — er wußte, daß er dadurch sein Leben verwirkt hatte — hatte diesseits

und jenseits der Grenzen die Gemüter der Massen zutiefst aufgewühlt. Zum erstenmal während des Völkermordens hatte sich einer erhoben, um laut und vernehmlich gegen den blutigen Kriegswahnsinn zu protestieren und das Gewissen der Menschheit wachzurütteln. Über Nacht war Friedrich Adler der Held, der Märtyrer aller Sozialisten geworden, die trotz allem ihre internationalen Grundsätze hochhielten. Die Tat Adlers war ein Wendepunkt in der österreichischen Politik. Mit Stürgkh war auch der unverschämte Kriegsabsolutismus zu Tode getroffen worden. Wenige Monate später wurde das Parlament einberufen und die immer wieder gebrochene und geschändete Verfassung zum Teil wieder hergestellt.

Doch der Krieg ging weiter. Immer neue Hekatomben wurden dem Kriegsmoloch geopfert, immer drückender wurde die Not im Hinterland. Da erwuchs den gepeinigten Massen eine neue Hoffnung: das russische Volk hatte sich erhoben und den Zaren entthront. Dieses weltgeschichtliche Ereignis revolutionierte die Arbeiter aller Länder. In dem berühmten Funkspruch an alle traten die russischen Revolutionäre für sofortige Friedensverhandlungen ein. Aber die österreichisch-ungarischen und deutschen Militärs, sekundiert von unfähigen Diplomaten, wollten den Russen einen regelrechten Diktatfrieden aufzwingen, weite Gebiete des russischen Reiches annectieren. Die Friedensverhandlungen gerieten ins Stocken. Das vermochte die enttäuschte Friedenssehnsucht der Massen nicht zu ertragen; in den verschiedenen Industriezentren der Monarchie traten die Arbeiter in den Streik. Es war der Jännerstreik des Jahres 1918, der Vorläufer der Revolution...

In den letzten Oktobertagen war das Schicksal der Habsburgermonarchie besiegelt. Sie zerfiel und keiner der neuen Staaten wollte ihr Erbe antreten. Am 12. November 1918 erfolgte vor dem Parlament die feierliche Proklamation der Republik. Der Wille der Arbeiterklasse hatte dem Bürgertum die republikanische Staatsform aufgezwungen. Die Bourgeoisie, die noch wenige Tage vorher für die Monarchie eingetreten war, stimmte nun, die Erhebung des Proletariats fürchtend, für die Republik. Die Arbeiterschaft Wiens war mit roten Fahnen auf die Ringstraße gezogen; unter jubelndem Beifall einer ungeheuren Volksmenge wurde die Errichtung der Republik Deutschösterreich verkündet.



Wiens Arbeitervolk fordert das Wahlrecht

Massendemonstration am 4. XI. 1905 vor dem Parlament. Nach einer zeitgen. Illustr.

Die Ausrufung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 von der Rampe des Parlaments



Aber in die Begeisterung über den Anbruch einer neuen Zeit mischte sich bitteres Weh. Am 11. November hatte Viktor Adler seine Augen für immer geschlossen. Der große Führer, der gütige Mensch, der revolutionäre Kämpfer war nicht mehr. Mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft hatte sich der kranke Körper aufrechterhalten in den stürmischen Tagen, da die Republik zu erkämpfen war. Und der sieghafte Geist hatte, allen körperlichen Schwächen trotzend, das große Werk vollendet, dem Viktor Adler sein Leben geweiht hatte. Aus einem hadernden, recht- und hilflosen Proletariat, das an seiner Zukunft verzweifelte, hatte er eine gesunde, mächtige Arbeiterklasse geschaffen, die nun daranging, das Schicksal Österreichs in die Hand zu nehmen.

Es war eine wahrhaft gigantische Aufgabe, die den Vertrauensmännern des Proletariats da erwuchs. Der alte Macht- und Verwaltungsapparat war völlig zusammengebrochen; der neue Staat mußte von Grund auf neu aufgebaut werden. Dazu der Notschrei: keine Lebensmittel, keine Kohle! Drohende Hungersnot und Stilllegung aller Betriebe! Zehntausende enttäuschte und verzweifelte Soldaten, die vier Jahre an der Front gestanden waren und nun in ihre von allem entblößte Heimat zurückkehrten. Zehntausende aus den Kriegsbetrieben entlassene Arbeiter, die keinen Arbeitsplatz zu finden vermochten. Wie? Das war der Friede? Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit? Nein, das konnte die richtige Revolution nicht sein, die den Massen nicht zu helfen vermochte, darum nur weiter, weiter mit Gewalt, und es muß besser werden! Das Vorbild der Bolschewiki in Rußland und ihrer Nachahmer, der Spartakisten in Deutschland, lockte, und so erscholl auch in Österreich die Parole: „Alle Macht den Räten! Her mit der Diktatur des Proletariats!“ Das war die Ideologie, von der Zehntausende erfüllt waren. Aber die Wirklichkeit, die realen Machtverhältnisse sahen ganz anders aus. Wohl wäre es in jenen Tagen unschwer möglich gewesen, die Diktatur des Proletariats in Österreich auszurufen, aber

in diesem Augenblick hätten die Ententemächte jede Lebensmittel- und Kohlenzufuhr nach Österreich gesperrt, hätten fremde Truppen der wehrlosen Revolution ein grausames Ende bereitet.

Es war eine fast übermenschliche Aufgabe, die revolutionierten Massen, die stürmisch die Verwirklichung des Sozialismus forderten, auf den Boden der harten Wirklichkeit zurückzuführen. Den Führern der Sozialdemokratie gelang es. Friedrich Adler, dem die Revolution die Kerkertore geöffnet hatte und der zum populärsten Mann Österreichs geworden war, ist es vor allem zu danken, daß die Idee des Arbeiterrates, der alle Richtungen des Proletariats vereinigte, so rasch Wurzeln schlug. In den Arbeiteräten konnte nun der Streit um die richtige Methode und Taktik, die das Proletariat im Klassenkampf anzuwenden hatte, mit geistigen Waffen geführt werden. Der unselige Meinungsstreit, der die deutsche Arbeiterschaft gespalten hatte und Proletarier auf Proletarier schießen ließ — dieses entsetzliche Unglück konnte verhütet werden. Der stürmische Aufstieg aller sozialdemokratischen Organisationen in den nächsten Jahren, das grandiose Aufbauwerk in der Gemeinde Wien und die erfolgreichen Abwehrkämpfe der letzten Zeit gegen alle faschistischen Bestrebungen — das alles war nur möglich, weil das österreichische Proletariat seine Einigkeit — das kostbarste Gut — bewahrt hatte.

Die politische Macht der Arbeiterschaft hatte im Winter 1918/19 ihren Höhepunkt erreicht. An der Spitze der Regierung stand der Sozialdemokrat **R e n n e r**, die wichtigsten Ministerien waren mit sozialdemokratischen Staatssekretären besetzt, und die bürgerlichen Staatssekretäre unterordneten sich willig der Führung der Sozialdemokraten. Damals wurde von dem unvergeßlichen **Ferdinand H a n u s c h** das große sozialpolitische Werk — der Achtsturentag, das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterurlaubsgesetz, die Arbeitslosenversicherung, um nur das Wichtigste zu nennen — geschaffen; damals wurde der



Grundstein zu der österreichischen Schulreform gelegt, die alle klerikalen Verschlechterungsversuche nicht mehr aus der Welt schaffen können, und damals vollzog sich jenes Ereignis, das nicht nur für die österreichische Partei, sondern für die ganze Arbeiterinternationale von entscheidender Bedeutung werden sollte: die Übernahme der Wiener Stadtverwaltung durch die Sozialdemokraten.

Ein beispiellos ungerechtes Gemeindewahlrecht hatte es bis zum Umsturz möglich gemacht, daß das arbeitende Volk in der Gemeindestube nahezu überhaupt nicht vertreten war. Die Hausherren regierten die Stadt und ordneten alles brutal ihren Geldsackinteressen unter. Als die Sozialdemokraten, getragen von der Zweidrittelmehrheit der Wiener Bevölkerung, die Verwaltung der Stadt übernahmen, gingen sie einen ganz anderen Weg. Für die Armen und Hilfsbedürftigen sollten in Hinkunft die Reichen nach Kräften steuern. Der ehemalige Bankbeamte Hugo Breitner übernahm die Finanzverwaltung; seiner unbeugsamen Energie und seinem Zielbewußtsein gelang es, ein Steuersystem aufzurichten, das auf der ganzen Welt einzig dasteht. Es ist ein sozialistisches Steuersystem, das im bewußten Gegensatz zu allen kapitalistisch verwalteten Körperschaften die Steuerlast von den Schultern der Armen nimmt und sie den Reichen aufbürdet; das aber auch der öffentlichen Verwaltung soziale und wirtschaftliche Aufgaben zuweist, die eine kapitalistische Verwaltung der privaten Wohltätigkeit oder privater Spekulation überläßt. Die Gemeinde Wien besteuert den Überfluß und das Vergnügen, den Luxus und die Spekulation, aber sie ist sorgsam darauf bedacht, keine Lebensnotwendigkeiten zu treffen, die das Leben der breiten Massen verteuern könnte. Sozialistische Steuerpolitik besteuert die Rennpferde und Nachtlokale, Nobelhotels, Geschäftsreklamen und Bodenspekulanten, aber sie verbilligt das Gas und den elektrischen Strom. Vornehme Damen, die in feinen Kon-

ditoreien Süßigkeiten knabbern, zahlen die Kosten der Kinderauspeisung, die Besucher der Pferderennen kommen für die Erhaltung eines städtischen Entbindungsheimes auf, Tanzdielenbesucher steuern zum Landaufenthalt bleichsüchtiger Proletarierkinder bei. Deswegen wird dieses Steuersystem von der ganzen Bourgeoisie wütend bekämpft, denn es versucht zum kleinen Teil wettzumachen, was die kapitalistische Gesellschaftsordnung am Proletariat im großen verbricht.

Dieses Steuersystem hat aber auch die Mittel geschaffen für drei Werke, die die Bewunderung der ganzen Welt erregen: die Wohnbauten, das Fürsorgewesen und die Schulreform.

Die Gemeinde Wien hat bisher 50.000 Wohnungen gebaut. Volkswohnhäuser mit blumenübersäten Balkonen und Loggien, mit Gartenlauben und Kinderplanschbädern, mit Büchereien und Zentralwäschereien. Da nicht kapitalistisches Profitstreben die Zinse bestimmt, sind sie so niedrig wie sonst nirgends auf der Welt. Jeder Arbeiter vermag sich ohne unerträgliche Geldopfer so eine Wohnung zu leisten! Das sozialistische Fürsorgewesen hat mit der Schande der „Wohltätigkeit“ aufgeräumt. Jeder Bedürftige hat ein Recht darauf, daß ihm die Allgemeinheit Hilfe bietet, wenn er ihrer bedarf. So wurden Bäder und Trinkerheilstätten, Schulzahnkliniken und Lehrlingsheime, Spielplätze und Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Kinderheime geschaffen. Bedürftige Schulkinder werden ausgespeist und aufs Land geschickt und für jedes Neugeborene die Säuglingswäsche bereitgestellt.

Gestaltet so das sozialistische Fürsorgewesen den gesunden Leib, so schafft die sozialdemokratische Schulreform einen neuen Geist. Keine Untertanen mehr, die sich, sklavisch geduckt, ihrem Schicksal ergeben, sondern Menschen, die die Welt und ihre Triebkräfte zu erkennen vermögen und zielbewußt die Zukunft gestalten. Das ist das rote Wien! Bewundernd blickt die proletarische Welt zu dieser Stätte des aufbauenden Sozialis-

mus auf. Haßerfüllt rennt der in seinen heiligsten Gütern getroffene Kapitalismus gegen das rote Bollwerk an.

Die mächtige Welle der Reaktion, die über ganz Europa hinwegrollte, brandete auch nach Österreich. Mit seinen bluttriefenden Händen griff der Faschismus nach der demokratischen Republik. Das Kapital hatte faschistische Söldnerbanden, die Heimwehren, aufgestellt, sie mit Geld gefüttert, mit Waffen ausgerüstet. Sie waren bereit, gegen die Arbeiterschaft loszugehen, die sozialdemokratischen Organisationen zu zertrümmern, das Proletariat zu entrechten — wie es der Faschismus in anderen Ländern getan hatte. Monatlang schwebte Österreich am Abgrund eines alles vernichtenden Bürgerkrieges. Aber die österreichische Arbeiterschaft blieb standhaft. Sie behielt kaltes Blut und ruhige Nerven. Sie ließ sich weder einschüchtern noch provozieren. Und die Sozialdemokratie ließ keine Zweifel übrig: wenn der Faschismus es wagen sollte, die Demokratie anzugreifen, das Proletariat war bereit, sie bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen!

In dem unter dem Druck der Heimwehren vom Bürgertum mutwillig heraufbeschworenen Verfassungskampf des Jahres 1929 hat der österreichische Faschismus seine erste, entscheidende Niederlage erlitten. Die Verfassungsreform hatte den Zweck, die Arbeiter zu Bürgern minderen Rechtes zu machen, vor allem aber die Machtposition der Sozialdemokratie in Wien zu zertrümmern. „Kein Beistrich darf an dem Verfassungsentwurf geändert werden!“, so tobten die Faschisten. Und sie drohten mit dem Marsch auf Wien für den Fall, als die Sozialdemokraten, deren Stimmen zu einer Verfassungsänderung auf legalem Wege unerlässlich waren, nicht zu allem ja und amen sagen sollten. Nach wochenlangen Verhandlungen wurde wohl eine Verfassungsänderung beschlossen. Aber der ursprüngliche Entwurf war nicht wieder zu erkennen! Alle entscheidenden Bestimmungen, die der Arbeiterschaft, die der sozialdemokratischen Herrschaft in Wien hätten gefährlich werden können, waren ausgemerzt worden. Zähneknirschend mußten die Heimwehren zusehen und ihre Anhänger auf bessere Zeiten vertrösten. Der Kampf um die Verfassung war zur Marschlacht des österreichischen Faschismus geworden! Noch einmal gelangte der Heimwehrrfaschismus zu einer vorübergehenden Scheinblüte. Als vor den

Wahlen zum Nationalrat, im Herbst 1930, der klerikofaschistische Flügel der österreichischen Bourgeoisie zusammen mit den Vertretern der Heimwehren ein Wahlkabinett bildete. Es war das letztemal, daß der österreichische Faschismus mit Staatsstreich, Putsch und Bürgerkrieg drohte. Wieder wurden Geduld und Nerven der Arbeiterschaft auf eine harte Probe gestellt. Aber das österreichische Proletariat, geschult in jahrzehntelangen Kämpfen, bestand auch diese Probe. Es ließ sich in keine Situation hineinmanövrieren, die dem mit der Diktatur liebäugelnden Bürgertum einen Vorwand zur Sistierung der Wahlen geboten hätte. So entschied der Stimmzettel. Die Bourgeoisie, die wieder einmal ausgezogen war, die Sozialdemokratie zu zerschmettern, mußte erkennen, daß die Partei unüberwindlich sei. Mit 72 Abgeordneten waren die Sozialdemokraten zur stärksten Partei des Parlaments geworden. Der sozialdemokratische Abgeordnete E l d e r s c h wurde zum Ersten Präsidenten des Nationalrates gewählt.

Von diesem Augenblick an vollzog sich die Auflösung des österreichischen Faschismus. Die Heimwehren sind heute keine beachtenswerte Kraft der österreichischen Innenpolitik mehr. Die Reaktion, begünstigt durch die Wirtschaftskrise, versucht auch weiterhin gegen die Stellungen des Proletariats anzurennen. Aber sie tut es auf legalem Wege, auf dem Boden der Demokratie.

Am 31. Dezember 1930 zählte die österreichische sozialdemokratische Partei 710.000 Mitglieder. Sie ist die relativ stärkste Partei der Sozialistischen Arbeiterinternationale; kein anderes Land vermag im Verhältnis zu seiner

Einwohnerzahl soviel eingeschriebene Parteimitglieder aufzuweisen. In Wien allein gibt es 415.000 Parteimitglieder bei einer Bevölkerungszahl von 1.800.000.

Die Auflage der drei in Wien erscheinenden sozialdemokratischen Tagesblätter beträgt 340.000. Dazu kommen noch fünf Tagesblätter in den Bundesländern.

Die freien Gewerkschaften, die ausnahmslos unter sozialdemokratischer Führung stehen, zählen 700.000 Mitglieder, der sozialdemokratische Erziehungs- und Schulverein weist deren 100.000, der Arbeiterbund für Sport- und Körperkultur deren 250.000 auf.

Dieser imposante Aufstieg ist das Ergebnis einer vierzigjährigen, unermüdlischen und hingebungsvollen Arbeit von tausend und aber tausenden Vertrauensmännern und -frauen — der unbekannteren Soldaten der sozialen Revolution.



Das Wahrzeichen des neuen Wien: Der Karl-Marx-Hof